

11. Januar 2011

Verbraucherschutz in die Entwicklungspolitik integrieren

Stellungnahme des Verbraucherzentrale Bundesverbandes

zum Grünbuch EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung KOM (2010) 629

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. – vzbv

KOM-Registernummer: 2893800753-48

Fachbereich Wirtschaft und Internationales

Markgrafenstr. 66

10969 Berlin

wirtschaft@vzbv.de

www.vzbv.de

Der vzbv begrüßt die mit dem Grünbuch eröffnete Diskussion, wie die EU die Anstrengungen der Entwicklungsländer, die Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu beschleunigen, am besten unterstützen kann und wie sie neuen Möglichkeiten der Armutsminderung zum Durchbruch verhelfen kann und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Zu den aufgeworfenen Fragen zur Erreichung der vier großen Ziele möchten wir insgesamt wie folgt Stellung nehmen:

Wir vermissen in dem Grünbuch gänzlich die Thematisierung des Schutzes der Verbraucher und erachten den Ansatz als zu sehr auf die Angebotsseite fokussiert. Dabei kann die Verbesserung des Verbraucherschutzes in Entwicklungs- und Schwellenländern einen erheblichen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele leisten und sollte systematisch in Programme der Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden. Als Querschnittsaufgabe spielt Verbraucherschutz eine wichtige Rolle bei der Armutsbekämpfung, bei der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und eines fairen Welthandels sowie bei den Bemühungen um einen verbesserten Klima-, Ressourcen- und Umweltschutz in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Verbraucherschutz ist gerade für die Ärmsten der Armen überlebenswichtig

Der bezahlbare Zugang zu sauberem Trinkwasser und Grundnahrungsmitteln sowie der Schutz vor minderwertigen und gesundheitsschädlichen Lebensmitteln und anderen Produkten sind Verbraucherschutzanliegen, die gerade für die Ärmsten der Armen überlebenswichtig sind. Fehlende Lebensmittelstandards, Preisexplosionen bei Lebensmitteln sowie mangelnde Aufklärung der Eltern sind oft mit-ursächlich für die Unter- und Fehlernährung von Kindern. Die Stärkung von Produktsicherheitsstandards in exportorientierten Ländern wie China und Indien wirkt sich auch auf die Produktsicherheit im EU-Binnenmarkt aus, da eine lückenlose Kontrolle an den Außengrenzen der EU kaum möglich ist.

Die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Umweltauswirkungen ihrer Konsumentscheidungen sowie Möglichkeiten zur Reduzierung ihres „Co2 Footprints“ sollte zum Grundbestandteil von Umweltprogrammen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden. Ohne die Verbraucher kann die Umsetzung von Klimaschutzziele gerade in bevölkerungsreichen Ländern wie China und Indien nicht funktionieren.

Schließlich fördert die Schärfung des Qualitätsbewusstseins der aufstrebenden Mittelschicht in Schwellen- und Ankerländern durch Verbraucheraufklärung und -beratung die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen europäischer Unternehmen. Auch die Politikberatung bei der Einführung von Rechts- und Verbraucherschutzstandards kann europäischen Unternehmen den Markteintritt in diesen Ländern erleichtern, weil sie entsprechende Standards schon erfüllen, ohne dafür zusätzliche Kosten aufwenden zu müssen. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie mit Billigproduzenten vor allem in asiatischen Ländern gefördert, die auf die Einhaltung von international anerkannten Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards verzichten.

Die Bedeutung des Verbraucherschutzes wurde in der deutschen Entwicklungspolitik bereits grundsätzlich anerkannt

Das Deutsche Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die Bedeutung des Verbraucherschutzes in seinem Konzeptpapier „Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik“¹ bereits grundsätzlich anerkannt. Dort werden u.a. folgende Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als leitend definiert:

- die Unterstützung der Rechtstaatlichkeit durch Schaffung verbindlicher Rechtsnormen und die Durchsetzbarkeit von Rechten als Voraussetzung dafür, dass sich alle privatwirtschaftlichen Akteure unter gleichen Bedingungen in den Wirtschaftsprozess einbringen können;
- die Verbesserung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Aufbau eines institutionellen Rahmens, der insbesondere Markttransparenz und freien Marktzugang fördert und die legitimen Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten an die Qualität der Produkte berücksichtigt. Verbraucherschutz ist deshalb genauso eine zentrale staatliche Aufgabe wie die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft. Dabei darf die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu Lasten der Umwelt gehen, sondern muss auf die Erhaltung der Ressourcenbasis gerichtet sein.
- die Sicherung von Chancengleichheit durch Armutsminderung. Dies beinhaltet „empowerment“ zivilgesellschaftlicher Gruppen. Dabei kommt einem gut ausgebauten Schul- und Bildungssystem eine entscheidende Rolle zu.

Verbraucherschutz und Verbraucherpolitik können in ihren zahlreichen Bereichen und Gestaltungsformen - Schaffung des regulatorischen Rahmens, gerichtliche Durchsetzung der Verbraucherrechte, Verbraucherinformation, Verbraucherberatung, verbraucherpolitische Interessenvertretung und Verbraucherbildung - wesentlich zur Umsetzung der oben genannten Prinzipien der Entwicklungspolitik beitragen. Die Herstellung eines gesetzlichen Rahmens zum Schutz der Verbraucherrechte ist auch in Entwicklungsländern ein wichtiger Bestandteil der rechtstaatlichen Ordnung und stärkt das Vertrauen der Bürger.

Der Aufbau und die Stärkung von nicht-staatlichen Verbraucherorganisationen tragen zur Armutsbekämpfung bei. So lautet auch das Aktionsprogramm der Deutschen Bundesregierung zur Armutsbekämpfung²: „Organisationen der Zivilgesellschaft sind wichtige Partner in der Armutsbekämpfung. Sie spielen weltweit eine bedeutende Rolle als Fürsprecher der Armen im Dialog mit den Regierungen und internationalen Organisationen; Basisorganisationen in den Entwicklungsländern sind wichtige Akteure und Förderer des „empowerment“ in der Armutsbekämpfung vor Ort.“

¹ BMZ Konzept 157, Juli 2007.

² BMZ-Materialien Nr. 106, S. 42.

Verbraucher können mit ihrer Kaufentscheidung zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen

Verbraucherinformation, Verbraucherberatung und Verbraucherbildung können auf der Nachfrageseite beträchtliche Wirkungen erzielen und die Nachfrage nach qualitativ besseren, sichereren und umweltverträglicheren Produkten und Dienstleistungen stimulieren. 30 bis 40 % aller Umweltprobleme sind nach verlässlichen Schätzungen auf die Konsumgewohnheiten und die dadurch verwirklichten Lebensstile zurückzuführen. Ein Viertel der weltweiten Emission von Treibhausgasen wird durch private Haushalte verursacht. Allein die Lebensmittelproduktion ist für ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich.³ Die Konsumgewohnheiten der Verbraucher sind ein entscheidender Faktor im Kampf gegen den Klimawandel.

Eine ökologisch orientierte Verbraucherpolitik fördert den nachhaltigen Konsum und trägt damit zu einer dauerhaften umweltgerechten Wirtschaftsentwicklung bei.

Mit jedem Kauf eines Produktes oder einer Dienstleistung entscheiden Konsumenten, in welchem Maße natürliche Ressourcen für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse benötigt werden und unter welchen sozialen Bedingungen produziert wird. Die Verbraucher beeinflussen durch ihr Kaufverhalten die Wirtschaftsstrukturen und Produktionsprozesse. Damit können die Verbraucher zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, indem sie bevorzugt Produkte nachfragen, die nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster begünstigen. Aus verbraucherpolitischer Sicht eines Staates bedeutet dies, den Konsumenten die Möglichkeit zu geben, ihr Konsumverhalten nachhaltiger zu gestalten. Durch Information und Bildung soll das Wissen der Verbraucher um die wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung des privaten Konsums gefördert werden. Andererseits sollte den Unternehmen vermittelt werden, dass Verbraucherpolitik auch ein Motor und kein Hemmnis für die Wirtschaft ist. Unternehmen muss deutlich gemacht werden, dass faire und transparente Angebote der Schlüssel zum Vertrauen der Verbraucher ist.

Verbraucherorganisationen müssen gestärkt werden

Verbraucherorganisationen stehen im direkten Kontakt mit den Verbrauchern, genießen beim Verbraucher ein sehr hohes Vertrauen, agieren als deren Sprachrohr gegenüber der Politik, der Verwaltung und der Anbieterseite und sind unerlässlich für die Gestaltung der Handlungsfelder der Verbraucherpolitik. Die Verbraucherorganisationen in den Entwicklungsländern sind in der Regel mit spezifischen Problemen konfrontiert: um die Unabhängigkeit von kommerziellen und parteipolitischen Interessen zu bewahren – eine Kernforderung für Verbraucherorganisationen – sind deren Finanzierungsquellen reduziert; der Staat ist (noch) nicht bereit, die Verbraucherarbeit zu fördern.

Um die Verbraucherorganisationen in eine geeignete Rolle im System des Verbraucherschutzes zu versetzen, ist angesichts dieser Probleme die bilaterale Entwicklungshilfe häufig der einzige nachhaltige Weg. Dies belegen die bisherigen Erfahrungen z.B. in der Region Südosteuropas: in den Ländern, die in die Gunst der

³ UNEP „Kick the Habit“ Report, 2008

Entwicklungsprojekte zur Stärkung der Verbraucherorganisationen gekommen sind (z.B. Slowenien, Mazedonien) haben sich die Verbraucherorganisationen zu einer unerlässlichen Säule des Verbraucherschutzes entwickelt; in den Ländern ohne entsprechende Entwicklungshilfe (z. B. Serbien) sind die Verbraucherorganisationen auch zehn Jahre nach deren Gründung kein einflussreicher Faktor in der nationalen Verbraucherpolitik und werden von den Verbrauchern kaum wahrgenommen.

Verbraucherpolitik, Verbraucherschutz und der MNPQ-Sektor sollten systematisch in die europäische Entwicklungszusammenarbeit integriert werden

Die Förderung der technischen Regelwerke im sogenannten MNPQ-Sektor (Messwesen, Normung, Prüfwesen, Zertifizierung) deren Aufgabe darin besteht, einen wirksamen Verbraucherschutz, Gesundheits- und Umweltschutz zu verwirklichen, sollte ein kontinuierlicher Bestandteil der zukünftigen europäischen Entwicklungszusammenarbeit werden. Gleiches gilt für Verbraucherschutz und Verbraucherpolitik. Notwendig wäre ein politisches Konzept, das die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher systematisch in die europäische Entwicklungszusammenarbeit integriert und das Thema Verbraucherschutz strategisch einordnet.